V-27

Ausbau überregionaler Radwege aus Bundesmitteln finanzieren

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in:	Carolin Astrid Renner (KV Görlitz)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass der Ausbau überregionaler Radwege
aus Bundesmitteln finanziert wird und nicht mehr nur an Förderprogramme gekoppelt ist. Die
Bundesregierung hat dafür zu sorgen, dass die Kommunen bei der Aufgabe des Ausbaus dieser
Radwege soweit unterstützt werden, dass für sie dadurch kein überproportionaler Mehraufwand
entsteht.

Begründung

Nicht nur in den Städten, sondern vor allem in den ländlichen Regionen wird das Fahrrad zu einem immer wichtigeren Transportmittel neben dem Auto. Es besteht ein hoher Bedarf danach, auch überregional mit dem Rad zur Schule, zur Arbeit oder in der Freizeit von A nach B zu kommen. Auch der Tourismus profitiert von einem gut ausgebauten Radwegenetz. Klimaneutraler Tourismus wird in Zukunft wichtiger werden, um ländliche Regionen zu stärken.

Allerdings haben gerade kleine und ländliche Kommunen oft weder die finanziellen noch personellen Ressourcen, um in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen überregionale Radwege zu planen und bereitzustellen. Bürokratiehürden und hohe Kosten stehen dem im Weg. Auch die bisher und momentan laufenden Förderprogramme des Bundes - wie das Förderprogramm "Radnetz Deutschland", das mit 45 Mio. € ausgestattet ist, oder das Sonderprogramm "Stadt und Land" - reichen nicht aus, um diese Lücke zu schließen. Die Kommunen haben trotz geringer Einbringung von Eigenmitteln mit der Bereitstellung von überregionalen Radwegen durch Beantragung, Kooperation und Umsetzung einen Mehraufwand, der in vielen Fällen nicht zu stemmen ist.

Gerade in Anbetracht der anlaufenden Verkehrswende ist der Ausbau jedoch unumgänglich. Radwege, die Bundesstraßen begleiten und somit eine einfache Möglichkeit bieten, auf das Auto zu verzichten, sind für die Neuausrichtung des Individualverkehrs eine logische und praktische Konsequenz.

Um die Bereiststellung dieser zu gewährleisten, muss die Bundesregierung sich aktiv am Ausbau dieser Radwege beteiligen. Sowohl finanziell als auch personell müssen hier Ressourcen bereitgestellt werden, um die Kommunen zu entlasten.

weitere Antragsteller*innen

Kristina Wittig (KV Mittelsachsen); Dustin Preisler (KV Görlitz); Helena Schnettler (KV Görlitz); Felix Friedrich (KV Görlitz); Paul Bonte (KV Frankfurt-Oder); Richard Schmolke (KV Dahme-Spreewald); Norman Voth (KV Görlitz); Tobias Born (KV Weimar-Stadt); Mara von Streit (KV Potsdam-Mittelmark); Tjaard Behrens (KV Rostock); Amelie Dybus (KV Magdeburg); Jakob Mangos (KV Leipzig); Charlotte Plagemann (KV Leipzig); Marcus Kossatz (KV Görlitz); Karin Kayser (KV Görlitz); Anja-Christina Carstensen (KV Görlitz); Mario Härtig (KV Görlitz); Gerrit Alino Prange (KV Potsdam); Rosalie Ost (KV Berlin-Pankow); sowie 35 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.